ureau,
Wilhelmstrasse
Anlagen für alle Zwecke
citäts-Werke,
., sämmtl. Ersatztheile
nbetrieb,
Apparaten für
e.
gen,
ts-Gesellschaft Berlin
Billigste Preise!
ppel-Ritter-Caffe
„vorzüglich"
„nur echt
Ritter"
nhandlungen
er, Fürth
n
edwede
rhandene Ungeziefer
davon übrig bleibt
eine Merkmale sind
Herrn S. Perl, Ring.
F. A. Lokotsch.
Daniel Freund
Wilhelm Glusa.
Unübertroffen
ermania
eitwitz zu haben
Herrn Fr. Hoffmann
udolf Gleiob),
und Herrn Paul Langer,
Friseur, Wilhelmstr.
de Möbel etc.
verkauft billig
upttischlerei
enstr. 3. Kronprinzenstr.
Gleiwitz.
Befreit
n Anderen b. Magenbeschwerden,
dauungsstörung, Schmerzen,
gkeit 2c., gebe ich Jedermann
tgeltliche Auskunft, wie ich
meines hohen Alters wieder
worden bin.
, Königl. Förster a. D.
, Post Riedheim in Westfalen

Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum (30 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belags- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Telegrammanschrift: Wanderer Gleiwitz.

205. Gleiwitz, Dienstag, den 6. September 1898. 71. Jahrgang.

Neue Bismarckbriefe.

Aus dem in den nächsten Tagen erscheinenden Doppelheft des 2. Bandes des „Bismarck-Jahrbuchs", herausgegeben von Prof. Dr. Horst-Kohl, veröffentlicht die „Zukunft" eine Anzahl bisher noch unbekannten Briefen Bismarck's an den Grafen Alvensleben von Bernstorff, der, nachdem er in London preußischer Botschafter gewesen war, an Schleinitz' Stelle in das Ministerium der neuen Aera berufen wurde und Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten auch dann noch blieb, als die liberalen Minister zurücktreten waren. Die Briefe datiren aus den Jahren 1857 bis 1862 und beziehen sich theils auf private, theils auf politische Angelegenheiten. Ein aus St. Petersburg vom 13. November 1861 datirter Brief enthält eine Schilderung des intimen Verkehrs des damaligen Gesandten von Bismarck mit dem Kaiser von Rußland: „Ich wie meiner Collegen sind vierzehn Jahre hier, ohne je anders als zu den großen Festen am Hofe zu sein. Der Kaiser und eingeladene Herren erscheinen bei Tisch im Ueberrock, Civilisten im Frack. Nach Tische raucht der Kaiser, seine Gäste nur dann, wenn die Kaiserin krank ist. Auch wenn er mich in Audienz empfängt, läßt er die Cigarre nicht ausgehen, was Fürst Gortschakow für einen Beweis des Vertrauens erklärt. Ich würde noch stolzer darauf sein, wenn Se. Majestät mir auch eine Cigarre gäbe, aber ich lasse mir an dem Bewußtsein genügen, der einzige Fremde zu sein, in dessen Gegenwart der Kaiser sich nicht geniert. Diese Dinge werden hier ernstlich gewürdigt und besprochen. Neben seinem Schreibtische hat der Kaiser eine etwa eine Quadratruthe große Bucht, zwei Fuß hoch eingefriedigt und inwendig gepolstert; in derselben spielen die kleinen Großfürsten, während Se. Majestät arbeitet. Auch bei Tische laufen die jungen Herrn zwischen den Stühlen umher. Dieses Collegium hat auch des Kaisers schwarzer englischer Hühnerhund Lord, eines der wenigen Wesen, welche dem verderblichen Einfluß Hofluft widerstehen, denn er frißt noch heute trocknes Brot und kommt sich tadellos auf der Jagd."

Am 25. November 1861 berichtet Herr von Bismarck über die Stimmung in Petersburg gegenüber Preußen: „Im Vertrauen auf Ihre Discretion theile ich mit, was ich aus bester Quelle über die Eindrücke gehört habe, welche die Krönungsovation zurückgebracht hat. Der Großfürst und sein Gefolge haben bei Sr. Majestät dem Könige und Allerhöchstdessen Herren Söhnen die volle Herzlichkeit der alten Beziehungen wiedergefunden, und auch dankbar für die gnädige Art, in welcher Ihre Majestät die Königin sie verabschiedet hat. Dagegen behaupten sie, an der kalten Behandlung von seiten der jüngeren Generation unserer Herrschaften Anstoß zu haben, daß die Wege beider Höfe in Zukunft auseinander gehen würden. Die Herren des Gefolges haben in Briefen aus Königsberg schon über kühlen Empfang, mit persönlicher Ausnahme dessen bei Sr. Majestät dem Könige, Klage geführt. Ich kann nicht das ganze Register resumiren, aber die Hauptsache scheint mir zu sein, daß Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl die Russen ignorirt hätten, Clarendon und Magenta, die erste Rolle gespielt, die Orden nicht früh und nicht hoch genug gegeben, und dergleichen, nebst Klagen über Budberg, auf den auch der Großfürst schilt. Das alles ist Klatsch, und ich gebe es nur, um Ihnen persönlich das Bild der Situation zu schattiren, nicht, um politische Folgerungen daraus zu ziehen.

Auch die Vorgänge in unserer inneren Politik werden in ihren Briefen behandelt. So schreibt Herr v. Bismarck aus Petersburg am 15. April 1861 über die soeben erfolgten Wahlen zum Landtag: „Die Wahlen sind schlecht und vermöge ihrer Disciplin und Mäßigung werden sich die vorgeschrittenen Parteien heutzutage noch bequemer machen als vor zwölf Jahren. Aber die liebsame Kammern sind un cas prévu par la constitution; und das Auflösungsmäßige Heilmittel der Auflösung, wenn es rechtzeitig, d. h. nicht zu früh, angewandt wird, ist bei uns wirksamer als in anderen constitutionellen Ländern, weil es bei uns für viele Wähler, wenn nicht die meisten, welche über die Intentionen des Königs irre geleitet sind, darauf ankommt, sie aufzuklären, was sich durch die Auflösung, verbunden mit ansprechenden Manifesten, erreichen läßt. Die Neuheit unserer constitutionellen Verhältnisse bringt es mit sich, daß wir ihren einzelnen Phasen noch eine etwas schwerfällige Richtigkeit beilegen und die Ausübung des wohlbegründeten Auflösungsrechtes der Krone fast wie eine Art Staatsstreich ansehen."

Am 28. Juni 1862 schreibt er von Paris aus über Napoleon und die Kaiserin Eugenie: „Vorgestern beim Kaiser kam ich etwas in die Lage Josephs bei der Frau von Potiphar. Er hatte die unrichtigsten Bündnißvorschläge auf der Zunge; wenn ich etwas entgegengekommen wäre, so hätte er sich deutlicher ausgesprochen. Er ist ein eifriger Verfechter deutscher Einheitspläne, d. h. kleindeutscher, nur kein Oesterreich darin; wie schon einmal vor fünf Jahren mir gegenüber, wollte er, daß Preußen eine Seemacht wenigstens zweiten Ranges werden und die dazu nöthigen Häfen besitzen müsse. Er ließ sich von mir den Jahdebusen auf der Karte zeigen und fand die Einschachtelung in Oldenburg und dann in Hannover eine „Absurdität."

Deutsches Reich.

Berlin, den 5. September 1898.

— Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe ist gestern früh nach München abgereist.

— Eine Landesversammlung der nationalliberalen Partei ist nach einer Mittheilung des „Hannoverschen Courier" auf Sonntag, den 18. September, nach Berlin einberufen, um den Aufruf zu den Landtagswahlen zu beschließen, dessen Entwurf in einer für den 17. September, anberaumten Sitzung, des Centralvorstandes der Partei festgestellt wird. An der Landesversammlung werden die Mitglieder der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses seit 1893, die neugewählten nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, die bereits aufgestellten Landtagscandidaten sowie die Obmänner der Landtagswahlkreise theilnehmen. Außer der Beschlußfassung über den Wahlaufruf wird ein weiterer wesentlicher Zweck der Versammlung die Berichterstattung über die Wahlaussichten in der einzelnen Wahlkreisen sein.

— Eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen nach den Hauptwahlen ist im Bureau des Reichstags auf Veranlassung und unter Leitung des stellvertretenden Direktors beim Reichstag, Rechnungsrath Jungheim, ausgearbeitet worden: Danach waren wahlberechtigt 11 410 353 (im Jahre 1893 10 628 292 Personen. Abgegeben wurden 7 787 090 Stimmen (im Jahre 1893 7 722 265 Stimmen.) Gültig waren 7 752 353 Stimmen (gegen 7 673 973 im Jahre 1893); ungültig dagegen waren 34 737 (gegen 28 292 im Jahre 1893). Die gültigen Stimmen vertheilen sich auf die einzelnen Fractionen und Gruppen wie folgt:

Deutsch-conservative Fraction 872 973 (1893: 1 038 353).
Deutsche Reichspartei 331 538 (1893: 438 435). —
Deutsch-sociale Reformpartei 222 447 (1893: 263 861).
Antisemiten, die nicht der Reformpartei angehören, 19 599.
Centrum 1 454 278 (1893: 1 468 501).
Polen 243 846 (1893: 229 531).
Nationalliberale Fraction 975 534 (1893: 996 980).
Freisinnige Vereinigung 194 945 (1893: 258 481).
Freisinnige Volkspartei 553 740 (1893: 566 439).
Auf unbestimmte liberale Richtung 55 822.
Deutsche Volkspartei 108 493 (1893: 166 757).
Socialdemokraten 2 105 305 (1893: 1 786 738).
Bund der Landwirthe 121 374.
Bayerischer Bauernbund 140 304 (1893: 119 559).
Elsaß-Lothringer 107 415 (1893: 111 702).
Welfen 105 161 (1893: 101 810).
Dänen 15 439 (1893: 14 363).
Christlich-Sociale 48 734.
National-Sociale 23 185.
Unbestimmt und zersplittert 42 221 (1893: unbestimmt 110 933, zersplittert 13972, zusammen 123 970).

Es haben somit an Stimmen gegen 1893 verloren: Deutsch-Conservative 165 380, Deutsche Reichspartei 106 897, Deutschsociale Reformpartei 41 414, Centrum 14 223, Nationalliberale 21 446, Freisinnige Vereinigung 63 536, Deutschfreisinnige Volkspartei 112 699, Deutsche Volkspartei 58 264, Elsaß-Lothringer 7287, unbestimmt und zersplittert 81 747. — Es haben an Stimmen gegen 1893 gewonnen: Polen 13 685, Socialdemokraten 318 567, Bayerischer Bauernbund 20 745, Welfen 4351.

— Die Abtheilung Berlin der Deutschen Colonial-Gesellschaft hat in Gemeinschaft mit den Verein ehemaliger Kameraden der afrikanischen Schutztruppen eine Stellen-Vermittelung für aus den Schutzgebieten heimkehrende bezw. in der Heimath bereits angelangte ehemalige Angehörige der Schutztruppen eingerichtet. Die Deutsche Colonial-Gesellschaft hat diesem Unternehmen ihre Unterstützung zugesichert und schließt auch zu den Kosten desselben jährlich 300 Mk. zu. Ebenso haben der Regierungsrath Dr. Bumiller und andere einflußreiche Herren dieser Vermittelung ihre werkthätige Hülfe zugesagt. Stellungssuchende sowie reflectirende Arbeitgeber wollen sich an E. Brüggemann Berlin C., Kronenstraße Nr. 2, wenden.

Hannover, 3. Septbr. Heute Abend 6½ Uhr fand bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin Paradetafel im Rittersaal des Residenzschlosses statt. Die Musik stellte das 73. Infanterie- und das Königs-Ulanen-Regiment. Rechts vom Kaiserpaar saßen Se. Königliche Hoheit Prinz Albrecht von Preußen und die Gräfin Brockdorff, der Erbgroßherzog von Oldenburg, General Bronsart von Schellendorff, Excellenz von Lucanus, zur Linken Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Friedrich von Hohenzollern, Botschafter Graf Münster, General von Hahnke, Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg. Gegenüber Ihren Majestäten saßen die Generale Graf Waldersee, von Hoffbauer, von Seebeck, von Schlieffen, der Kriegsminister General von Goßler. Weiterhin folgten die übrigen Generale und Würdenträger, die Militärbevollmächtigten der Bundesstaaten, die fremdherrlichen Officiere und die Obersten der Regimenter, die in Parade gestanden hatten.

Oesterreich-Ungarn.

Die Einberufung des Reichsrathes wird von der Provinzpresse in Böhmen, der deutschen wie der czechischen, gleichmäßig dahin beurtheilt, daß dieser Versuch wenig Aussicht habe, zu einem günstigen Resultate zu führen. Die Deutschen beharren unentwegt auf der Aufhebung der Sprachenverordnungen. Die Bohemia berichtet, daß die Regierung an den bekannten Grundzügen für ein Sprachengesetz, welches sie den deutschen Clubobmännern im Juni zur Kenntniß brachte, in einigen Punkten, welche damals als ganz unannehmbar bezeichnet wurden, Aenderungen vorzunehmen bereit wäre. Dieselben betreffen die Doppelsprachigkeit der Landeshauptstadt Prag, welche im ursprünglichen Entwurfe als rein czechisches Gebiet bezeichnet worden war, und die Schaffung einiger rein deutscher Bezirke in Mähren. Aber auch gegen diese Zugeständnisse ist die deutsche Opposition weder geneigt, ihre Forderung auf Aufhebung der Sprachenverordnungen aufzugeben, noch sich in eine Erörterung der Ausgleichsvorlagen, die sie verwirft, einzulassen. Inzwischen ist der Regierung in ihrem Bemühen, die Badeni'schen Ausgleichsvorlagen zur Annahme zu bringen, im „Vaterland" ein Bundesgenosse entstanden. Aus dem Saulus ist ein Paulus geworden. Das Organ, welches seit Jahren das Ministerium Banffy grimmig bekämpft, ist voll Bewunderung für die ungarische Regierung und das ungarische Parlament. Es stellt der „bornirten Hetze gegen Ungarn" die geradezu „noble Haltung Ungarns" in der Ausgleichsfrage gegenüber, besingt die Würde und Staatsklugheit der ungarischen Parteien, um sie der österreichischen Obstruction als Muster vorzuführen, wie überhaupt nach der neuesten Ueberzeugung des „Vaterland" die Ungarn es sind, welche die Gemeinsamkeit der Monarchie um jeden Preis erhalten wollen. Daß sich die ungarische Opposition zum Kampfe für die Trennung des Zollgebietes rüstet, kann zwar auch das „Vaterland" nicht leugnen, aber es erklärt, dieselbe habe keine Aussicht auf Erfolg und sei nicht ernst zu nehmen. Nun, man wird ja sehen. In Ungarn selbst scheint man die Opposition nicht so leicht zu nehmen. Aber daß die Fristung des gemeinsamen Zollgebietes bis zum Jahre 1908 gerade das „Vaterland" in solche Bewunderungs-Ekstase versetzen werde, das hat sich Banffy wohl selbst nicht träumen lassen.

Frankreich.

Mächtig schwillt in Paris die Revisions-Bewegung zu Gunsten Dreyfus' an. Während die Regierung zu keinem Entschlusse kommen kann, während im Schooße des Cabinets die Meinungsverschiedenheiten fortdauern und jetzt sogar die Version auftaucht, die Regierung wollte die Initiative zur Revision dem Parlament überlassen, die Entscheidung also bis zur Einberufung der Kammern (10. Oktober) hinausschieben, werden weite Volkskreise immer unaufhaltsamer von der Revisionswelle ergriffen. Die in allen Pariser Bezirken abgehaltenen Volksversammlungen mit ihren stürmischen Begehren nach der Revision stellen einen überraschenden Umschwung der öffentlichen Meinung dar, welcher übrigens jetzt auch in der ganzen Presse, wenige Hetzblätter ausgenommen, zu gemäßigtem Ausdruck gelangt. Mr. Chauvin ist entschieden überstimmt, die Volksstimme, der gesunde Volkswille, sind gegen ihn. Selbst das Journal des Debats, gestern noch Revisionsgegner, hat sich bekehrt. Wie lange der dictatorische Wille Cavaignac's im Cabinete sich dem Begehren Brisson's nach sofortiger Einleitung des Revisions-Verfahrens entgegenstellen und der allgemeinen Volksbewegung widerstehen können, dürfte sich bald zeigen. Eine frühere Einberufung der Kammern ist indeß nicht ausgeschlossen. Mittlerweile dürfte ein formelles Bedenken demnächst beseitigt werden, da die Familie Dreyfus, wie verlautet, Schritte gethan hat, um eine Nichtigkeitsbeschwerde vor den Cassationshof zu bringen. Während die Demission des Generals Pellieux vom Kriegsminister abgelehnt wurde, beschäftigt sich die öffentliche Meinung mit der Ernennung Renouard's zum Nachfolger Boisdeffre's, welche nicht voll zu befriedigen scheint. Der neue Generalstabs-Chef war mit seinem Vorgänger zu eng befreundet, als daß man ihm rückhaltlose Strenge gegen Boisdeffre's Günstlinge zutrauen könnte. Renouard, zuletzt Leiter der höheren Kriegsschule, ist 1836 geboren, sein 1855 Officier; 1870 war er als Rittmeister Adjutant des Generals de Bonnemain, des Führers der Cürassier-Division von Wörth, 1891 war er unter Miribel zweiter Vorsteher des großen Generalstabes.

Zahlreiche von dem Blatte „Siècle" gedruckte „Antwort an Cavaignac" überschriebene Maueranschläge erinnern daran, daß Oberst Picquart am 9. Juli in einem Schreiben die Unechtheit des Schriftstückes vom Jahre 1896 behauptete, welches den Zwischenfall Henry herbeiführte. Der Anschlag enthält zwei Schreiben Dreyfus', eines gerichtet an den Kriegsminister im Jahre 1894, das zweite an den Advokaten Demange im Jahre 1895. In denselben betheuert Dreyfus seine Unschuld und erklärt, er habe niemals auch nur eine Unvorsichtigkeit begangen. Die Anschläge fordern schließlich die öffentliche Meinung auf, gegen die Verhaftung und Aufrechterhaltung der Gefängnißstrafe des Oberst Picquart Einspruch zu erheben. Die Anschläge geben zu zahlreichen Erörterungen Anlaß:

Rußland.

Die heute aus Petersburg gemeldeten russischen Blätterstimmen über den Abrüstungsvorschlag heben hervor, daß es sich bei dem Vorschlage nicht sowohl um eine sofortige Abrüstung als vielmehr um eine Einstellung weiterer Rüstungen handelt. In der That steht auch dasselbe in der Murawiew'schen Note. Jedermann wird sich jedoch sagen, daß, falls auf einer internationalen Conferenz eine Vereinbarung gegen weitere Rüstungen erzielt werden kann, dieselbe Methode sicherlich auch auf eine Verminderung der bisherigen militärischen Lasten anwendbar sein würde. Wenn die francophilen Nowosti das Zustandekommen der Conferenz an die Theilnahme sämmtlicher Mächte knüpfen, so ist das wohl auch bisher selbstverständlich gewesen. Ob die Mittheilung Murawiew's den europäischen Regierungen unerwartet gekommen oder nicht, wird immer noch erörtert. Ein Londoner Brief der Münchener Allgemeinen Zeitung behauptet, der Abrüstungsplan sei weder der britischen Regierung noch der Regierung einer anderen Großmacht unerwartet gekommen. Die Einladung des Zars zu einer Friedensconferenz sei bereits vor einiger Zeit den Vertretern der Mächte in Petersburg eingehändigt worden, die eine abgekürzte Form der kaiserlichen Botschaft ihren bezüglichen Regierungen depeschirten. Die wesentlichsten Punkte des vollständigen Schriftstückes seien also vor Ankunft desselben in London wie in anderen Hauptstädten bereits officiell bekannt gewesen. Die englische Presse neigt jetzt im Ganzen der Ansicht zu, daß der Zar zufrieden sein werde, einen Modus vivendi im Osten zu erzielen. Er hoffe wohl, dieses Ergebniß werde sich aus den Unterhandlungen entwickeln, die, obwohl anfänglich nothgedrungen etwas akademisch, schließlich zu einer allgemeinen Bewegung in der Richtung der Abrüstung führen würden. Der Zar wolle erst die Kriegsursachen beseitigen, dann die Kriegswerkzeuge verringern.

Ost-Asien.

In Japan hat die Annexion Hawaiis durch die Vereinigten Staaten nur sehr wenig Aufsehen erregt und die gesammte öffentliche Meinung ziemlich kalt gelassen. Diese Stimmungsänderung ist um so bemerkenswerther, als noch vor einem Jahre in Japan gegen die Vereinigten Staaten eine sehr erregte Stimmung herrschte, zu der Zeit nämlich, als die Vereinigten Staaten, noch ehe sie Annexion der Inselgruppe vollzogen hatten, sich der Einwanderung von Japanern nach Honolulu widersetzten. Zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Japan scheinen die Verhandlungen beigetragen zu haben, die über die Rechte der Japaner auf Hawaii zwischen dem Grafen Okuma und der Regierung der Vereinigten Staaten gepflogen wurden. Ueber die Verhandlungen theilt jetzt die japanische Regierungspresse mit daß die Vereinigten Staaten der Regierung in Tokio die Mittheilung gemacht hätten, daß die Rechte japanischer Ansiedler in Hawaii durch die Annexion der Inseln seitens der Union in keiner Weise geschädigt werden, und ferner, daß die Regierung in Washington geneigt sei, Verhandlungen über die Entschädigung für die im Vorjahre zurückgewiesenen Ansiedler, welche schon mit der damaligen hawaiischen Regierung begonnen worden waren, nunmehr fortzusetzen. Graf Okuma soll nun daraufhin den Gesandten Japans in Washington beauftragt haben, diese Verhandlungen mit der